

## Vortrag an den Ministerrat

### **Bericht über die Tagung des a.o. Rates TTE (Energie) am 30. September 2022 in Brüssel**

Am 30.09.2022 fand mit dem ao. Rat TTE die dritte formelle Tagung der Energieminister:innen unter Tschechischem (CZ) Vorsitz (VS) statt. Den Vorsitz führte Jozef Síkela, Minister für Industrie und Handel. Die österreichische Delegation wurde von FBM Leonore Gewessler geleitet. Die Europäische Kommission (EK) war durch KM Kadri Simson (Energie) vertreten.

Die Minister:innen hielten zunächst einen Austausch über die Verordnung (VO) über Notfallmaßnahmen gegen die hohen Energiepreise, die von der EK am 14.09. vorgelegt und seither intensiv im Rat diskutiert wurde. Der Großteil der Mitgliedstaaten (MS) konnte den vorliegenden Text unterstützen. Der VS gab bekannt, dass die VO noch vor Abhaltung des informellen ER am 06./07.10. im schriftlichen Verfahren angenommen werden solle.

Österreich (AT) unterstützte die VO. Es seien allerdings rasch noch klare und eindeutige Leitlinien seitens der EK nötig, um eine einheitliche Umsetzung in der EU und ein Mindestmaß an ‚Level-Playing-Field‘ zu gewährleisten. Die Nachfrage nach Strom zu reduzieren, sei von essentieller Bedeutung. Hierzu habe man der EK bereits einen Vorschlag zur Gestaltung eines europäischen Auktionsmechanismus zur Nutzung von Demand Side Response übermittelt. AT verwies darauf, dass man auf nationaler Ebene schon zahlreiche Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucher:innen beschlossen habe. Wichtig sei daher, den befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen rasch anzupassen und zu beschließen. In AT arbeite man intensiv daran, die Abhängigkeit von Russischem (RU) Gas zu vermindern. AT betonte auch, dass man keine Maßnahmen mittragen könne, die die Versorgungssicherheit des Landes gefährden würden, ohne dass konkrete Alternativen auf dem Tisch liegen würden. ‚Solidarität‘ dürfe in diesem Zusammenhang keine leere

Worthülse bleiben. Bezüglich der EU Energieplattform mahnte AT zur Eile und betonte erneut, eine aktive Rolle auch in einer Pilotphase einnehmen zu wollen.

Die Kommission (KM Kadri Simson) verwies darauf, dass die Notfallverordnung gegen die hohen Energiepreise ein erneutes Zeichen sei, dass die Union in Einheit und Solidarität handeln könne und zeigte sich erfreut darüber, dass der Text von einer Mehrheit der MS unterstützt wurde. Die VO baue auf drei Säulen auf, die verbindlich enthalten bleiben müssten: Verbrauchsreduktion, insbesondere zu den Spitzenzeiten, Erlösobergrenzen für inframarginale Stromproduzent:innen sowie Solidaritätsabgabe für fossile Unternehmen. Die Maßnahmen würden Mittel zur Entlastung der Verbraucher:innen generieren. Man erachte den Text als ausgewogen. Die EK stehe bereit, die MS bei der Implementierung zu unterstützen und technische Expertise zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren hielten die Minister:innen einen Austausch über weitere Politikoptionen zur Abfederung der hohen Gaspreise, welche die EK im Rahmen eines Non-Papers am 28.09. vorlegte. Dieses wurde in Verbindung mit den vom VS vorgelegten Hintergrundpapier diskutiert. Die MS verlangten Lösungen seitens der EK und eine EU-weite Antwort, welche jedoch auch die Versorgungssicherheit gewährleisten müsse. Die EK wurde gebeten, so schnell wie möglich einen weiteren Vorschlag zu präsentieren.

Österreich erklärte, dass das Non-Paper der EK mehr Fragen aufwerfe als beantworte. Man müsse jedenfalls europäische Lösungen finden. Diese Lösungen dürften aber weder die Versorgungssicherheit gefährden, noch die Gasnachfrage erhöhen. Sollte es zu einer Knappheitssituation kommen, sei die Frage der Verteilung und der Kosten essentiell. Die EK müsse hier rasch einen klaren Vorschlag machen. Bezüglich einer Preisobergrenze für RU Gas handle es sich um eine Sanktionsmaßnahme und diese sei folglich nicht im TTE zu beschließen. Man habe in AT bereits hart daran gearbeitet, die Abhängigkeit zu reduzieren, sei derzeit aber noch immer auf RU Lieferungen angewiesen, daher könne man keinen Lieferstopp riskieren. Bei der geplanten Einkaufsplattform dürfe man keine Zeit verlieren, denn die EU müsse ihre gemeinsame Marktmacht nützen. AT sei bereit, sich aktiv in der Pilotphase zu beteiligen. Die Plattform solle insbesondere bei der Füllung der Speicher nach der heurigen Heizsaison helfen.

AT berichtete auch von nationalen Maßnahmen um den Gas- und Stromverbrauch zu reduzieren. Ein weiteres wichtiges Instrument seien koordinierte Maßnahmen zur Nachfragereduktion, hier sollte man einen Auktionsmechanismus für die Nachfragereduzierung auf europäischer Ebene einrichten. AT habe einen entsprechenden Vorschlag an die EK übermittelt. Wenn man in der Diskussion rund um Price Caps von

Solidaritätsmaßnahmen spreche, dann müssen man dies in konkrete Gasmengen und konkreten Durchleitungen in Grenzübergabepunkten übersetzen können, sonst bleibe ‚Solidarität‘ nur eine Worthülse. AT sei ein Binnenland und brauche die Fernleitungskapazitäten, es brauche Klarheit für den Ernstfall. Weiters betonte AT, dass man noch mehr Energie in den Ausbau der Erneuerbaren stecken müsse. Man müsse beispielsweise Wärmepumpen hochskalieren, Ressourcen für Photovoltaikanlagen akquirieren und Flächen für den Ausbau der Windkraft finden. Alle diese Maßnahmen würden die EU von der fossilen Abhängigkeit befreien, daher müsse man sie schnell umsetzen.

Die Kommission (KM Kadri Simson) stimmte überein, dass die hohe Preisvolatilität bei Gas ein Problem darstelle, dass es zu adressieren gelte. Der Brief der 15 MS habe der EK Input gegeben, der in das vorgelegte Non-Paper eingeflossen sei. Aus EK-Sicht sei vor allem eine Preisobergrenze bei RU-Gas (Pipeline gas und LNG) nötig, damit man die Einnahmen für RU und die Volatilität begrenzen könne. Allerdings habe man von EK Seite während der Debatte zur Kenntnis genommen, dass der Gaspreisdeckel für RU-Gasimporte als Sanktionsmaßnahmen betrachtet werde. RU werde dann weiterhin die Möglichkeit haben, die Preise zu manipulieren. Bezüglich der weiteren Gasimporte müsse man vorsichtig vorgehen, und zunächst mit den internationalen Partnern über langfristige Preisbegrenzungen verhandeln bevor man unilaterale Handlungen setze. Anderenfalls bestehe das Risiko, dass das Gas und insbesondere das LNG in andere Regionen verkauft werde. Da der wichtigste europäische Benchmark für Gas, der TTF, großen Schwankungen unterliege, sehe man die Notwendigkeit an einem ergänzenden europäischen Benchmark zu arbeiten, der repräsentativer sei. Diese Maßnahmen zusammengenommen, könnten die Einfuhrpreise beschränken. In Bezug auf die Transaktionen am Binnenmarkt sei die EK bereit, EU-Maßnahmen vorzulegen, um eine Begrenzung beim Gaspreis für die Stromproduktion einzuführen. Hinsichtlich der Preisobergrenzen für alle Einfuhren und Transaktionen am europäischen Binnenmarkt, wie von den 15 MS gefordert, müssten eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein. Eine einheitliche Obergrenze würde jegliche Preissignale eliminieren. Jedenfalls verhindern müsse man, dass es zu einem Anstieg des Verbrauchs komme. Man benötige daher verpflichtende Zusagen der MS, dass sie über das 15%-Ziel der Verordnung zur Senkung der Gasnachfrage hinausgehen. Zudem brauche es Mechanismen zur Sicherstellung des grenzüberschreitenden Handels, selbst wenn es keine lenkenden Preissignale gebe. Rationierungen oder die Einführungen von Prämiensystemen wären anzudenken, administriert von öffentlichen Stellen. Auch brauche es Mechanismen, um jedenfalls attraktiv für internationale LNG-Anbieter zu bleiben. EK habe im Non-Paper eine ehrliche Bewertung der einzelnen Optionen vorgenommen. EK erklärte, dass jegliche Intervention mit Schutzmechanismen und

Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage einhergehen müsse, und man auf Wunsch der MS einen Vorschlag zur Energieplattform sowie auch zu alternativen Benchmarks vorlegen werde.

Betreffend die Situation (Einstellung der Lieferungen durch Gazprom) in Moldawien (MD) könne man über eine kürzlich stattgefundenene Krisensitzung berichten. Die Ukraine (UA) habe zugesichert, weiterhin die Belieferung von MD sicherstellen zu wollen. Zugleich sei die EU gefordert, alternative Versorgungslinien für UA und MD zu schaffen.

Unter „Sonstiges“ informierten DK, DE und SE über die Gaslecks in den Pipelines Nord Stream 1 und 2. Die Untersuchungen würden noch andauern, jedoch würden die bisherigen Informationen auf Sabotageakte hindeuten. Zahlreiche MS bekundeten ihre Solidarität und forderten eine rasche Aufklärung der Vorkommnisse. Der Schutz der kritischen Infrastruktur in Europa müsse erhöht werden.

EK betonte, dass der Vorfall keine direkten Auswirkungen auf die Energieversorgung Europas habe. Der Angriff habe die Verletzlichkeit der europäischen Energieinfrastruktur vor Augen geführt; man werde die Überwachung und Resilienz verstärken. Man arbeite mit KM Johansson zusammen, um einen Stresstest durchzuführen. Anfang 2023 werde zudem ein neuer Rahmen in Bezug auf kritische Infrastruktur in Kraft treten. Ein EU-weit geeintes Auftreten sei wesentlich.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

4. November 2022

Leonore Gewessler, BA  
Bundesministerin